Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Montag, 21. Februar 2011
Ausgabe 035
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Referat für Gesundheit und Umwelt erstattet Strafanzeige 3
› Kanalneubau in der Landsberger Straße zwischen Offenbachstraße und Am Knie 4
› Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung beginnt früher 5
› Bauleitplanung Am Hierlbach 5
› Tag der offenen Tür im Fremdspracheninstitut der Landeshauptstadt 6
› Donald Kachamba's Kwela Heritage Jazzband im Stadtmuseum 6
› Stadtmuseum: Fotoausstellung „Claudia Angelmaier – reprinted" 7
› Winterdienstbilanz für die Zeit vom 18. bis 20. Februar 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **9**
› Getürkter Urnengang – Manipulationen bei der Wahl zum Ausländerbeirat? 9
› Endlich genauer hinschauen – Salafismus in München? 11
› Ein Politiker-Privileg abschaffen – keine Gratis-Dauerkarten mehr für Münchner Stadträte! 13
› „Prügel-Prediger" & Co – wie aktiv ist die Islamistenszene in München? 14
› „Wenn Heimatliebe rassistisch wird" – wie „extrem rechts" sind Ausländer in München? 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **23**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Dienstag, 22. Februar, 19 Uhr, Kunstarkaden, Sparkassenstraße 3
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung der Schmuckausstellung „Rebellen der Liebe" von Christian Hoedl, Jiro Kamata, Stefan Heuser und Alexander Blank. Einführung von Dr. Petra Hölscher (Die Neue Sammlung, Pinakothek der Moderne).

Mittwoch, 23. Februar, 11 Uhr,
Referat für Bildung und Sport, Raum 6.100
Pressegespräch zur „Münchner Serviceagentur für Ganztagsbildung". Stadtschulrat Rainer Schweppe informiert über die Serviceagentur, die beim Referat für Bildung und Sport ab Februar vorerst als zweieinhalbjähriges Projekt eingerichtet werden soll.

Donnerstag, 24. Februar, 9.45 Uhr,
Rathaus, Amtszimmer des Oberbürgermeisters
Oberbürgermeister Christian Ude überreicht Professor Dr. Fritz Wickenhäuser die Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber für seine Verdienste um die mittelständischen Unternehmer und Selbständigen in Bayern sowie als Lehrbeauftragter der Fachhochschule München, insbesondere aber für sein großes ehrenamtliches Engagement als Vorsitzender des Münchner Forums.

Donnerstag, 24. Februar, 10.30 Uhr,
IHK für München und Oberbayern, Clubraum, Max-Joseph-Straße 2
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, und Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, stellen im Rahmen einer Pressekonferenz die aktuelle Studie zur Entwicklung der Informations- und Kommunikationswirtschaft und Medienwirtschaft in der Region München vor. Mit über 370.000 Beschäftigten gehört die Branche zu den wichtigsten in der gesamten Region München. Die Studie zeigt insbesondere auf, wie die Informations- und Kommunikationswirtschaft die Finanz- und Wirtschaftskrise überstanden hat.

Donnerstag, 24. Februar, 11.30 Uhr,
Referat für Bildung und Sport, Raum 6100
Pressegespräch zum städtischen Qualifizierungsprogramm „Grundschullehrkräfte im Erziehungsdienst", das vom Referat für Bildung und Sport seit November 2010 angeboten wird. Stadtschulrat Rainer Schweppe informiert über den aktuellen Stand. Katrin Lobendank und Stefanie Thaler, zwei Grundschullehrerinnen, die an dem Programm teilnehmen, berichten über ihre Erfahrungen und stehen für Fragen zur Verfügung.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Donnerstag, 24. Februar, 15 Uhr,
Kongresshalle Alte Messe, Theresienhöhe
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zur Festveranstaltung anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Wohnungsgenossenschaft München-West.

Donnerstag, 24. Februar, 18 Uhr,
Sammlung Fotografie, Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Dr. Ulrich Pohlmann spricht zur Eröffnung der Fotoausstellung „FORUM 023: Claudia Angelmaier. reprinted".
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung ist am Donnerstag, 24. Februar, um 11 Uhr.
(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

Referat für Gesundheit und Umwelt erstattet Strafanzeige
(21.2.2011) Wie der Tagespresse am Freitag, 18. Februar, zu entnehmen war, bestehen Zweifel an der Echtheit von Dokumenten, die ein Unternehmen dem Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) vorgelegt hat. Konkret geht es um die Erlaubnis, medizinische Einweg-Produkte herzustellen und zu vertreiben. Das RGU hat umgehend nach Bekanntwerden der Vorwürfe die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und am vergangenen Freitag Strafanzeige wegen des Verdachts des Betrugs, der Urkundenfälschung sowie des Verstoßes gegen das Medizinproduktegesetz erstattet. Zugleich hat das RGU die Regierung von Oberbayern als übergeordnete Behörde informiert.
Das betreffende Unternehmen hat im vergangenen Jahr die Sanitätsstation auf dem Oktoberfest, die das Bayerische Rote Kreuz (BRK) betrieben

hat, mit medizinischen Einweg-Produkten, darunter fallen beispielsweise sogenannte Wundversorgungssets mit Scheren, Pinzetten, Klemmen und Tupfern, beliefert. Das herstellende und beliefernde Unternehmen hatte dem RGU in einem anderen Zusammenhang Dokumente vorgelegt, die für die Herstellung und den Vertrieb von medizinischen Einweg-Produkten notwendig sind. Kurz nach dem Vorlegen dieser Nachweise erfolgte beim BRK der Wechsel auf medizinische Einweg-Produkte auf der Wiesn-Wache.
Das BRK ließ sich von dem betreffenden Unternehmen beliefern. Folgende Nachweise für die Herstellung und den Vertrieb von medizinischen Einweg-Produkten wurden dem RGU erbracht:

- eine Konformitätserklärung
- ein Dokument, das die Zusammenarbeit mit einem bei der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) akkreditierten Institut bestätigt
- Angaben zu den Standorten, an denen die Instrumente sterilisiert werden
- ein Musterpaket mit Medizinprodukten, die ordnungsgemäß verpackt und ausgezeichnet waren

An der Echtheit der Dokumente gab es für das RGU zu keinem Zeitpunkt Zweifel. „Sollte sich nun herausstellen, dass es sich um gefälschte Zertifikate handelt, dann ist dieses Vorgehen an Dreistigkeit nicht mehr zu überbieten", sagt Lorenz. „Immerhin geht es hier um nichts Geringeres als die Patientensicherheit. Deshalb haben wir sofort die Staatsanwaltschaft eingeschaltet und Strafanzeige erstattet." Ob es noch weitere Einrichtungen in der Landeshauptstadt gibt, die von dem Unternehmen beliefert wurden oder werden, muss über das Gewerbeaufsichtsamt geklärt werden. „Die Regierung von Oberbayern ist bereits informiert", so Lorenz. „Zudem habe ich meinem Kollegen Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft, zu dessen Aufgabenbereich unter anderem das Oktoberfest zählt, über die Vorgänge in Kenntnis gesetzt."

Kanalneubau in der Landsberger Straße zwischen Offenbachstraße und Am Knie

(21.2.2011) Der vom Stadtrat 2001 beschlossene Gesamtentwässerungsplan der Münchner Stadtentwässerung sieht unter anderem die Kanalbaumaßnahme „Landsberger Straße" bis zur Fürstenrieder Straße im Zeitraum 2011 bis 2015 vor. Der Stadtentwässerungsausschuss genehmigte in seiner Sitzung vom 28. September 2010 als erste von zwei geplanten Bauabschnitten eines Kanalneubaus in der Landsberger Straße die Maßnahme in der Landsberger Straße zwischen Offenbachstraße und zirka 160 Meter östlich Am Knie. Nach Abschluss der Gesamtmaßnahme in der

Landsberger Straße wird das bestehende Kanalsystem im Bereich zwischen Pasing und dem Laimer Kreisel entlastet. Große Mischwassermengen können dann in dem in den 90er Jahren hergestellten Regenrückhaltebecken Hirschgarten zwischengespeichert und kontrolliert dem weiterführenden Kanalsystem zugeführt werden.
Die Maßnahme „Landsberger Straße 1. Bauabschnitt" besteht aus einem zirka 600 Meter langen Transportkanal, der östlich der Abzweigung der Nordumgehung Pasing von der Landsberger Straße beim Knie beginnt und bei der Kreuzung Offenbachstraße/Landsberger Straße an den bestehenden Kanal in der Offenbachstraße anbindet und diesen sofort entlasten kann. Die Kanalbauarbeiten beginnen Anfang April.
Für die Herstellung der geplanten provisorischen Verkehrsführung und der Baustelleneinrichtungsfläche werden ab heute rechtzeitig vor Beginn der Vogelbrutzeit Bäume und Gehölzflächen entfernt. Den Fäll- und Rodungsarbeiten hatte der Stadtrat im Zusammenhang mit der Kanalbaumaßnahme zugestimmt. Die Notwendigkeit der Fällungen wurde im Planungsverfahren abgewogen und entsprechende Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt. Die Baumarbeiten sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung beginnt früher
(21.2.2011) Der für Mittwoch, 23. Februar, zirka 12 Uhr, angekündigte Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung im Großen Sitzungssaal beginnt bereits um zirka 10.15 Uhr.

Bauleitplanung Am Hierlbach
(21.2.2011) Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hat am 13. Dezember 2000 die Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1886 und die Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich II/13 Am Hierlbach (beiderseits) beschlossen. Der Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung wird zeitgleich mit der Aufstellung des Bebauungsplanes mit Grünordnung Nr. 1886 geändert.
Es ist ein Reines Wohngebiet vorgesehen, das durch eine maßvolle Ergänzung der Wohnbebauung das kleinmaßstäbliche Siedlungsgefüge in einer durch landwirtschaftliche Nutzung geprägten Umgebung abrundet. Die äußere Erschließung erfolgt über die Gemeindeverbindungsstraße Gleißachweg, der über das Gemeindegebiet Unterföhring führt.
Die Planunterlagen werden vom 24. Februar mit 24. März dargelegt:
- beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071, Auslegungsraum – barrierefreier Eingang an der Ostseite

des Gebäudes auf Blumenstraße 28 a (Montag mit Freitag von 6.30 bis 18 Uhr),
- bei der Bezirksinspektion Ost, Trausnitzstraße 33 (Montag, Mittwoch, Freitag von 7.30 bis 12 Uhr, Dienstag von 10 bis 18.30 Uhr und Donnerstag von 10 bis 16 Uhr),
- bei der Stadtbibliothek Bogenhausen, Rosenkavalierplatz 16 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Tag der offenen Tür im Fremdspracheninstitut der Landeshauptstadt
(21.2.2011) Am Freitag, 25. Februar, findet von 14 bis 17 Uhr im Fremdspracheninstitut der Landeshauptstadt München in der Amalienstraße 36 ein Tag der offenen Tür statt. Besucherinnen und Besucher können sich an diesem Nachmittag über die Angebote der Schule zur Fremdsprachenausbildung informieren und sich überall im Haus umsehen. Es besteht die Möglichkeit, an Schnupperstunden der Ausbildungsgänge Übersetzerin/Übersetzer und Dolmetscherin/Dolmetscher, Staatlich geprüfte Fremdsprachenkorrespondentin/Staatlich geprüfter Fremdsprachenkorrespondent und Staatlich geprüfte Eurokorrespondentin/Staatlich geprüfter Eurokorrespondent teilzunehmen. Zudem werden verschiedene Dolmetschtechniken live demonstriert. Detaillierte Informationen zur Ausbildung und individuelle Beratung werden ebenso angeboten wie internationales Flair mit Musik, kulinarische Köstlichkeiten aus aller Welt und ein englischer Bücherflohmarkt. Über den Programmablauf im Detail informiert die Homepage der Schule: *www.fim.musin.de.*

Donald Kachamba's Kwela Heritage Jazzband im Stadtmuseum
(21.2.2011) Am Donnerstag, 24. Februar, spielt um 19.30 Uhr die Donald Kachamba's Kwela Heritage Jazzband in der Sammlung Musik im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Dieses Konzert ist ein Konzert mit Konversation. Jeder der Musiker erklärt, wie er seinen Teil dieser Musik und die Texte kreiert, welchen besonderen Ansätzen die Spieltechnik auf Flöte und Klarinette folgt, wie Sinosi Mlendo zu seinen Gitarren-Akkorden kommt und wie Dr. Malamusi seit seinem 14. Lebensjahr seine Technik auf dem Baß entwickelte. Der Eintritt kostet 10 Euro.
Forschung (Wissenschaft) und Musik (Kunst) verbinden sich in diesem einzigartigen Ensemble aus Südostafrika. Die Gruppe mit dem Star-Flötisten Sinosi Mlendo, mit dem Kulturanthropologen Dr. Moya A. Malamusi auf dem einsaitigen Baß und auch Mundbogen, Dr. Gerhard Kubik auf der Klarinette und dem Textkomponisten und Sänger Christopher Gerald spielt Jazz, aber nicht nur.

Sinosi Mlendo (geboren1980) lernte von Donald Kachamba die Gitarre zu spielen und erst nach dessen Tod das Spiel auf der Kwela-Flöte. Er ist Sänger und Komponist vieler Blues-Stücke. Moya Aliya Malamusi (geboren 1959) spielte als Achtjähriger die Rassel in der Band der Kachamba Brüder, seit 1973 dann den einsaitigen Bass. Seit 1980 ständiger Begleiter von Donald Kachamba auf seinen weltweiten Tourneen. Moya spielt neben dem einsaitigen Bass auch den Mundbogen, Banjo, Gitarre sowie die Zande-Bogenharfe. 2004 Promotion an der Universität Wien über Maskentraditionen in Malawi.
Gerhard Kubik (geboren 1934) begann in Wien mit 16 Jahren Jazz-Klarinette zu lernen und gewann mit seiner Jazzband Eclipse Alley Stompers 1959 den ersten Preis beim Wiener Jazzfestival. Seit 1974 Mitglied der Donald Kachamba Kwela Band, mit der er 33 Länder bereiste. Seine Dissertation an der Universität Wien 1971 behandelt die mukanda-Initiation in Angola.
Christopher Gerald (geboren 1981) gründete zunächst eine boy's band in Singano bei Chileka/Malawi, in der er ein selbstgebautes Banjo spielte. Seit 1998 wurde er von Donald Kachamba unterrichtet. Christopher (genannt „Khilizibe“) ist ein bemerkenswerter Textdichter in der Chichewa-Sprache und Sologitarrist.

Stadtmuseum: Fotoausstellung „Claudia Angelmaier – reprinted"
(21.2.2011) Vom 25. Februar bis 24. April ist im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, die Fotoausstellung „FORUM 023: Claudia Angelmaier – reprinted“ zu sehen. Die Arbeiten der Künstlerin Claudia Angelmaier funktionieren als Vexierbilder und spielen mit den Sehgewohnheiten des Betrachters. Angelmaier lotet dabei bewusst Grenzen ihres fotografischen Mediums aus und thematisiert diese pointiert. Darüber hinaus beschäftigt sich die Künstlerin mit Fragen der Repräsentation von Kunst. Bücher, Postkarten oder Dias werden zu Protagonisten ihrer Bildkompositionen. Claudia Angelmaier präsentiert Arbeiten der Serien „Works on Paper“, „Color and Gray“ und als Unikat „picture of a ping-pong ball“, das 2011 entstanden ist. Die Ausstellung ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 4 Euro.

Winterdienstbilanz für die Zeit vom 18. bis 20. Februar
(21.2.2011) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Freitag, 18. Februar:
Einsatzzahlen:
Personal: 24 Fahrzeuge: 10

Streuguteinsatz:
Salz: 1,5 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 35.404,77 Euro

Samstag, 19. Februar:

Einsatzzahlen:
Personal: 27 Fahrzeuge: 13
Streuguteinsatz:
Salz: 3,2 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 35.243,78 Euro

Sonntag, 20. Februar:

Einsatzzahlen:
Personal: 62 Fahrzeuge: 39
Streuguteinsatz:
Salz: 62 t Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 49.857,68 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 15
Bisherige Einsatztage: 97
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 18.425.322,53 Euro

Antworten auf Stadtratsanfragen

Montag, 21. Februar 2011

Getürkter Urnengang – Manipulationen bei der Wahl zum Ausländerbeirat?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 24.1.2011

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 24.01.2011 lautete wie folgt:

„Der neue Ausländerbeirat wurde erst vor wenigen Wochen, am 28.11.2010, gewählt, doch nun macht er durch Berichte über massive Wahlmanipulationen Schlagzeilen.
Laut einem Bericht der ‚Süddeutschen Zeitung' (Ausgabe vom 22./23.01.2011) sollen mindestens elf Bewerber Wahlberechtigte in ihrer Wahlentscheidung beeinflusst, ja sogar ‚in großem Still' Wahlzettel eingesammelt und selbst ausgefüllt haben. Ein Indiz dafür sei unter anderem, dass ‚zahlreiche Stimmzettel in der gleichen Weise ausgefüllt worden' seien. Sollten sich die Manipulationsvorwürfe bewahrheiten, müsste der Ausländerbeirat im schlimmsten Fall neu gewählt werden – was nicht unbedingt zum Vertrauen in das Gremium beiträgt, zu dessen Wahl sich auch diesmal gerade einmal 6,2 Prozent der Wahlberechtigten mit ‚Migrationshintergrund' bereit fanden. Hier drängen sich Fragen auf."

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Wer sind die in Medienberichten erwähnten sechs Kandidaten, die sich mit dem Vorwurf der Wahlmanipulation an das KVR wandten, im einzelnen? Wer sind die elf Kandidaten, gegen die der Vorwurf der Wahlmanipulation erhoben wird, im einzelnen (bitte jeweils mit Name und Listenbezeichnung aufführen!)?

Antwort:
Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Nennung der Namen nicht möglich.

Im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Wahlmanipulation erfolgte keine namentliche Nennung von Kandidatinnen bzw. Kandidaten in den Einwendungen.

Frage 2:
Wann erhielt die Stadt erstmals Kenntnis von den Manipulationsvorwürfen?

Antwort:
Am 13.01.2011.

Frage 3:
Wie prüft der Wahlausschuss bzw. das Kreisverwaltungsreferat nun die Stichhaltigkeit der erhobenen Vorwürfe?

Antwort:
In den Wahlanfechtungen waren keine konkreten Tatsachen benannt. Den Wahlanfechtungen mangelte es somit an der erforderlichen substantiierten Begründetheit. Wahlbeanstandungen, die einen konkreten, der Überprüfung zugänglichen Tatsachenvortrag nicht enthalten, dürfen ohne weitere Ermittlungen als unsubstantiiert zurückgewiesen werden.

Frage 4:
Mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Der Wahlausschuss wies die Einwendungen einstimmig zurück.

Frage 5:
Befasst(e) sich mit dem Fall auch die Staatsanwaltschaft?

Antwort:
Nein.

Frage 6:
Was wurde über die Motive der behaupteten Wahlmanipulation bekannt?

Antwort:
Nichts.

Endlich genauer hinschauen – Salafismus in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 15.12.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 15.12.2010 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Eine fristgerechte Erledigung Ihrer Anfrage war wegen der Vielzahl der fristgebundenen Angelegenheiten nicht möglich.

Vor dem Hintergrund der am 14.12.2010 in Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen durchgeführten Durchsuchungsaktionen bei salafistischen Netzwerken fragen Sie zur Situation in München an.

Frage 1:
Welche Kenntnis haben Stadt, Polizei und/oder Verfassungsschutz darüber, ob und in welchem Umfang auch in München salafistische Vereine und/ oder Netzwerke tätig sind und ggf. mit gleichgerichteten Vereinen in anderen Bundesländern kooperieren – dies vor dem Hintergrund gefragt, dass in der zitierten BMI-Pressemitteilung von einem „bundesweit agierenden salafistischen Netzwerk" die Rede ist?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
Die Ausländerbehörde der Stadt München wird von der Polizei und vom Landesamt für Verfassungsschutz, dass ggf. auch dort vorliegende Erkenntnisse anderer Landesämter berücksichtigt, in konkreten Einzelfällen informiert. Wenn Einzelpersonen straf- bzw. sicherheitsrechtlich relevant in Erscheinung treten, werden aufenthaltsbeendende Maßnahmen geprüft.

Der Ausländerbehörde München liegen keine einzelfallbezogenen Informationen über in München tätige salafistische Vereine und/oder Netzwerke bzw. über Einzelpersonen aus diesen Vereinen und/oder Netzwerken vor. Informationen aus anderen Bundesländern wurden ebenfalls nicht übermittelt.

Allgemeinere und grundsätzliche Informationen, z.B. über bestimmte Gruppen und/oder Netzwerke, entnimmt die Ausländerbehörde dem aktuellen Verfassungsschutzbericht.

Frage 2:
Inwieweit hält es die Stadt angesichts der jüngsten Durchsuchungsmaßnahmen in drei Bundesländern geraten, sich spätestens jetzt gezielt um Informationen über ähnlich gelagerte Bestrebungen in der bayerischen Landeshauptstadt zu bemühen? Wie kann das geschehen? Inwieweit wurde die Stadt in der Vergangenheit möglicherweise bereits vom bayerischen Verfassungsschutz oder vom Bundesinnenministerium auf das Problemfeld „Salafismus" aufmerksam gemacht? Wie trug die Stadt dem Rechnung?

Antwort des Kreisverwaltungsreferates:
siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3:
Inwieweit kann die Stadt nachvollziehen, dass auch gewaltbereite und antidemokratische islamistische Bestrebungen von einer Politik der einseitigen „interkulturellen Öffnung" nur profitieren können, wie sie die Stadt seit vielen Jahren verfolgt? Was beabsichtigt die Stadt zu unternehmen, um angesichts der gestiegenen Bedrohung durch einen aggressiven Islamismus endlich genauer hinzusehen und der Zeitbombe Islamismus wenigstens im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken?

Antwort des Sozialreferates:
Die Landeshauptstadt München sieht keinen Zusammenhang zwischen ihrer Politik der interkulturellen Öffnung und antidemokratischen Bestrebungen.

Ein Politiker-Privileg abschaffen – keine Gratis-Dauerkarten mehr für Münchner Stadträte!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 2.11.2010

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Die Verteilung der Landeshauptstadt München gemäß Erbbaurechtsvertrag zustehenden Stadionkarten für die Allianzarena ist eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung (Artikel 37 Abs.1 Satz1 Nr.1 Gemeindeordnung), die nicht gemäß §60 Abs.9 Geschäftsordnung im Stadtrat zu behandeln ist. Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag mit einem Brief zu beantworten.

Mit Ihrem Antrag vom 02.11.2010 wollen Sie Folgendes erreichen:
„1. Die der Stadt München laut vorliegendem Erbbaurechtsvertrag als ‚Dienstbarkeit' zustehenden 56 Gratisdauerkarten werden ab sofort nicht mehr an die Stadträte und Rathaus-Fraktionen vergeben.
2. Die der Stadt zustehenden Dauerkarten werden stattdessen spielweise unter Münchner Beziehern von Sozialleistungen verlost und gratis ausgegeben."

Den Verteilungsmodus für die Stadionkarten habe ich mit den Mitgliedern des Ältestenrates am 12.03.2004 ausführlich beraten. Die Verteilung erfolgt seitdem einvernehmlich.
Eine Änderung ist nicht beabsichtigt. Dies hat der Ältestenrat in seiner Sitzung am 11.02.2011 erneut bestätigt.

Ich gehe davon aus, dass damit Ihr Antrag erledigt ist.

„Prügel-Prediger“ & Co – wie aktiv ist die Islamistenszene in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 6.12.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 06.12.2010 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Zur Beantwortung Ihrer Fragen wurden das Sozialreferat, das Direktorium/BA, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Bildung und Sport, das Kulturreferat sowie der Ausländerbeirat beteiligt. Eine fristgerechte Beantwortung Ihrer Anfrage war daher wegen der Vielzahl der beteiligten Stellen nicht möglich.

Zu den einzelnen Fragen wird wie folgt Stellung genommen:

Frage 1:
Welche städtischen Fördermittel beziehen die genannten drei Münchner VIKZ-Gemeinden ggf. von der Stadt München? Für welche Vereinszwecke? Seit wann werden die drei genannten Vereine ggf. von der Stadt München bezuschusst?

Antwort:
Die beteiligten Dienststellen haben mitgeteilt, dass zwei der drei genannten VIKZ-Vereine in den Jahren 2001 - 2009 insgesamt 6.380 Euro Zuwendungen, insbesondere für Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe und interkulturelle Feste erhalten haben.

Frage 2:
In welcher Form hat die Stadt München ggf. versucht, sich über einen möglicherweise „antiwestlichen, antidemokratischen und antijüdischen“ Hintergrund der drei in München tätigen VIKZ-Vereine kundig zu machen? Mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Die Empfehlung des Ausländerbeirats hinsichtlich der Zuschussvergabe für die unter Frage 1 genannten Vereine erfolgte entsprechend den vom Stadtrat am 06.10.2004 beschlossenen Richtlinien.

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bayerischen Staatsministerium des Innern sind die aufgezählten VIKZ-Vereine sowie der Dachverband nicht enthalten.

Konkrete sicherheitsrechtliche Erkenntnisse über Einzelpersonen in den o.g. Vereinen wurden der Ausländerbehörde von den Sicherheitsbehörden bisher nicht übermittelt.

Frage 3:
Welche Informationen über die drei genannten Vereine liegen ggf. vom Verfassungsschutz vor? In welcher Weise trug die Stadt diesen Erkenntnissen Rechnung?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Von welchem Trägerverein oder welcher islamischen Gemeinde wird die „Darul-Quran"-Moschee in Thalkirchen betrieben?

Antwort:
Die eigenständige „Darul-Quran"-Moschee wird von keinem Trägerverein betrieben.

Frage 5:
Welche Kenntnis hat die Stadt darüber, welchen Inhalts die regelmäßig an Freitagen vor immerhin bis zu 1500 Gläubigen vorgetragenen Predigten in der „Darul-Quran"-Moschee sind – dies vor dem Hintergrund gefragt, dass der dort hauptberuflich tätige Prediger Abu A. vom Verfassungsschutz islamistischer Kontakte verdächtigt wird und in Zusammenhang mit der Beschlagnahme von 30 Exemplaren eines „verbotenen Buches" in seiner Moschee unangenehm auffiel? Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt, sich authentisch über das Innenleben muslimischer Gemeinden und die dort gepredigten Glaubensinhalte zu informieren?

Antwort:
Erkenntnisse über den Inhalt der Predigten liegen dem KVR nicht vor. Die Gewinnung von Erkenntnissen über verfassungswidrige Aktivitäten ist Aufgabe der staatlichen Sicherheitsbehörden. Sofern bei den Sicherheits-

behörden ausländerrechtlich relevante Erkenntnisse zu einzelnen Personen oder Vereinen vorliegen, müssen diese dem KVR mitgeteilt werden. Ein gegen Abu A. in Zusammenhang mit der Durchsuchung eingeleitetes Ermittlungsverfahrens wurde von den Strafverfolgungsbehörden eingestellt.

Frage 6:
Welche Konsequenzen hat die Stadt ggf. aus der Beschlagnahme eines „verbotenen Buches" in der Thalkirchner „Darul-Quran"-Moschee gezogen?

Antwort:
Ausländerrechtliche Maßnahmen wurden auf Grund der Einstellung des o.g. Ermittlungsverfahrens nicht eingeleitet.

Frage 7:
Um welches „verbotene Buch" handelte es sich bei der in Medienberichten genannten Beschlagnahme Anfang 2010?

Antwort:
Hierbei handelt es sich um die Schrift „Frauen im Schutz des Islam" von Abdurrahman Al Sheha, von der bei einer polizeilichen Durchsuchung 30 Exemplare aufgefunden und sichergestellt wurden.

Frage 8:
Waren weitere islamische Vereine, Gemeinden etc. in München Ziel der bundesweiten Durchsuchungsaktion? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Hierzu liegen der Stadt keine weiteren Informationen vor.

Frage 9:
Wird auch die unter 4. nachgefragte islamische Gemeinde/Trägerverein mit städtischen Mitteln bezuschusst? Wenn ja, in welcher Höhe? Für welchen Vereinszweck?

Antwort:
Für die „Darul-Quaran"-Moschee wurden nach Rückmeldungen des Sozialreferates sowie des Kulturreferates seitens der Stadt keine Zuschüsse gewährt.

Frage 10:
In einer Stadtratsanfrage vom 23.02.2010 erkundigte sich der Fragesteller schon einmal nach der Durchsuchungsaktion in der Münchner Moslem-Szene, über die bereits damals von örtlichen Medien berichtet worden war. Die Antwort aus den Münchner Kreisverwaltungsreferat (Az. D-HA II/ V1 334-1-0001 vom 12.03.2010) fiel allerdings „recht dünn" aus: „(...) Der Ausländerbehörde liegen keine Informationen (...) vor." Welche städtische Behörde, wenn nicht die Ausländerbehörde, konnte damals über die angefragten Informationen zu der fraglichen Durchsuchungsaktion in der Münchner Islamistenszene verfügen, die mittlerweile – siehe oben – sogar der „Bild"-Zeitung vorliegen? Wie kann es sein, dass das Kreisverwaltungsreferat offenbar keine Kenntnisse über Einzelheiten und Ergebnisse einer Durchsuchungsaktion in der Münchner Islamistenszene verfügt, die Anfang 2010 mutmaßlich von der Münchner Polizei durchgeführt wurde? Was gibt der Polizeibericht dazu her?

Antwort:
Wie bereits zur der Anfrage vom 23.02.2010 erläutert, prüft die Ausländerbehörde konkrete Fälle von einzelnen ausländischen Personen. Zu den Ergebnissen der fraglichen Durchsuchungsaktion und den Erkenntnissen der Ausländerbehörde siehe Antwort zu Fragen 5 und 6. Zum Inhalt des Polizeiberichts wird an das Polizeipräsidium München verwiesen.

Frage 11:
Nochmals nachgefragt (ggf. auf der Grundlage neuer Erkenntnisse, die der Stadt im März 2010 möglicherweise noch nicht vorlagen): kam es bei der Durchsuchungsaktion Anfang 2010 in der Münchner Islamistenszene auch zu Festnahmen? Was wurde damals in der Münchner Islamistenszene beschlagnahmt? Zu welchen Ermittlungsverfahren kam es damals ggf. in der Folge der Durchsuchungsaktion?

Antwort:
Wie bereits in der Antwort zu der Anfrage vom 23.02.2010 erläutert, hat die Ausländerbehörde München keine Kenntnis über Festnahmen in München. Zur Sicherstellung von Schriften und das Ergebnis des Ermittlungsverfahrens siehe Antworten zu Frage 5 und 6.

Frage 12:
Im Antwortschreiben des Kreisverwaltungsreferats vom 12.03.2010 heißt es wörtlich: „Wenn konkrete sicherheitsrechtliche Erkenntnisse zu Einzelpersonen vorliegen, prüft die Ausländerbehörde München den Erlass auf-

enthaltsbeendender Maßnahmen (...).“ Ist eine solche Überprüfung im Fall des nunmehr als „Prügel-Prediger“ auffällig gewordenen Imams Abu A. erfolgt oder wird sie erfolgen? Ist eine solche Überprüfung im Anschluss an die Durchsuchungsaktion in der Münchner Islamistenszene Anfang 2010 erfolgt, die zur Beschlagnahme von 30 Exemplaren eines „verbotenen Buches“ führte? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Antwort:
Zum Ergebnis der Durchsuchungsaktion siehe Antwort zu den Fragen 5 und 6.
Im Hinblick auf das derzeit anhängige Ermittlungsverfahren gegen Abu A. wegen gefährlicher Körperverletzung wird eine ausländerrechtliche Prüfung erfolgen, sobald das Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist.

„Wenn Heimatliebe rassistisch wird“ – wie „extrem rechts“ sind Ausländer in München?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA) vom 8.11.2010

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Ihre Anfrage vom 08.11.2010 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Ude in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

Die Beantwortung der Anfrage in der gesetzten Frist war nicht möglich, da von anderen Referaten Stellungnahmen eingeholt werden mussten. Sie haben der Frist zur endgültigen Beantwortung mit E-Mail vom 23.11.2010 und 06.01.2011 zugestimmt.

Ihrer Anfrage „„Wenn Heimatliebe rassistisch wird“ – wie „extrem rechts“ sind Ausländer in München“ liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:

„Unter dem Titel „Wenn Heimatliebe rassistisch wird“ berichtete die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 30./31.10./01.11.2010 über eine bemerkenswerte Tagung, die kürzlich von der „Fach- und Informationsstelle Rechtsextremismus München“ (Firm) ausgerichtet wurde. Im Rahmen der Veranstaltung wurde über „extrem rechte politische Weltanschauungen“ von Migranten diskutiert. Hier sind Fragen naheliegend.“

Frage 1:
Wo sind die Ergebnisse der Tagung „Extrem rechte politische Weltanschauungen von MigrantInnen“ [sic] dokumentiert und ggf. für die Öffentlichkeit greifbar? Wird ggf. ein Tagungsbericht veröffentlicht?

Frage 2:
Dem genannten SZ-Bericht zufolge nahm an der Tagung u.a. die Sozialwissenschaftlerin, Pädagogin und Firm-Mitarbeiterin M.S. Ortner teil, deren unlängst erschienene Studie mit dem Titel „Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinungen oder Trend?“ Anlass für die Firm-Tagung gewesen sei; für die Studie seien Interviews und Gruppendiskussionen mit Gesprächspartnern aus München – „bis auf drei allesamt mit Migrationshintergrund“ – durchgeführt worden. Wo ist diese Studie ggf. für die Öffentlichkeit greifbar?

Frage 3:
Welche „rechtsextremen" bzw. „ethnisch-nationalistischen" Ausländer-Milieus gibt es – der Ortner-Studie oder eigenen Erkenntnissen der Stadt, des KVR o.a. zufolge – in München? Insbesondere welche religiösen Milieus mit „rechtsextremen" Hintergrund gibt es in München? Und umgekehrt: welche „rechtsextremen" Ausländer-Milieus in München sind religiös fundiert? Inwieweit bewertet die Stadt bestimmte Aussagen des Islam, die im Koran niedergelegt sind, per se als „rechtsextrem"?

Antwort zu Frage 1, 2 und 3:
Zur Beantwortung der Fragen 1 und 2 wenden Sie sich bitte an die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, c/o Feierwerk e.V., Hansastraße 39 – 41, 81373 München.
Der Stadt liegen keine Erkenntnisse zu Ausländer-Milieus bzw. Milieus mit „rechtsextremem" Hintergrund in München vor. Sollten Sie nähere Auskünfte zur Studie von Frau Ortner wünschen, bitten wir Sie, sich diese direkt zu bestellen.
Hinsichtlich der Bewertung bestimmter Aussagen des Islam verweisen wir auf das Antwortschreiben des Sozialreferats zu Ihrer Stadtratsanfrage „Wie integrationsfähig ist der Islam in München?".

Frage 4:
Welche „extrem rechten politischen Weltanschauungen" kann die Stadt München unter in München lebenden Ausländern im einzelnen ausmachen? Ist Gewaltbereitschaft bei der Bewertung ein Kriterium?

Antwort:
Die Stadt führt dazu keine Erhebungen durch.

Frage 5:
Seit wann hat die Stadt – das KVR, das Schulreferat oder ggf. andere städtische Stellen – bereits Kenntnis über „rechtsextreme"/"ethnisch-nationalistische" Ausländer-Milieus in München?

Frage 6:
Wie ging die Stadt bislang gegen „rechtsextreme" Ausländer-Milieus in München vor? Wenn nicht, warum nicht?

Antwort zu Frage 5 und 6:
Siehe Antwort zu Frage 4.

Weder der Sicherheitsreport 2009 des Polizeipräsidiums München noch der Verfassungsschutzbericht 2009 des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz enthalten nähere Angaben zu rechtsextremen Ausländer-Mileus.

Frage 7:
Welche Kenntnis hat die Stadt darüber, ob und in welchem Umfang auch für die Wahl zum Münchner Ausländerbeirat am 28.11. gemeldete Wahllisten Verbindung zu „rechtsextremen" Ausländer-Milieus in München haben? Wie wurde ggf. stadtseitig überprüft, ob solche Verbindungen existieren und – schlimmstenfalls – „rechtsextreme" Bewerber mit „Migrationshintergrund" über die Wahl zum Münchener Ausländerbeirat in ein städtisches Gremium rutschen können?

Antwort:
Wie Sie bereits der Berichterstattung in den Münchner Tageszeitungen Ende November 2010 entnehmen konnten, war die Stadt München über die beiden Kandidaten auf der Liste „ALK – Allgemeine Länderkooperation" informiert. Zum Zeitpunkt der Zulassung der Wahlvorschläge erfüllten alle Bewerberinnen und Bewerber die Wählbarkeitsvoraussetzungen. Eine Verbotsverfügung einer teilnehmenden Liste nach dem Vereinsrecht lag nicht vor.

Frage 8:
Welche Konsequenzen ergeben sich für die Stadt München aus den Erkenntnissen, die die genannte Firm-Tagung zutageförderte? Sollen „rechtsextreme" Ausländer-Milieus in München künftig stärker kontrolliert, beobachtet, bekämpft werden?

Antwort:
Siehe Antwort zu den Fragen 3 – 6. Im Übrigen wird bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nach Nationalitäten unterschieden.

Frage 9:
Auf welche personelle Größenordnung veranschlagt die Stadt das oder die „rechtsextremen" Ausländer-Milieus in München? (wenn möglich: bitte möglichst detailliert aufschlüsseln!). Bitte Vergleichszahlen angeben: wie viele Personen (cirka) zählt die Stadt zum inländischen „rechtsextremen" Spektrum in München?

Antwort:
Siehe Antwort zu den Fragen 3 – 6 und 8.

Frage 10:
Welchen Beitrag zur Beobachtung, Bekämpfung etc. des „Rechtsextremismus" unter Münchner Migranten wird insbesondere die neu installierte „Fachstelle gegen Rechtsextremismus" beim Büro des Oberbürgermeisters leisten? Warum ist „Rechtsextremismus" unter Münchner Migranten – zumindest laut Darstellung auf der Internetseite des Rathauses – noch nicht als Handlungsfeld der „Fachstelle" aufgeführt?

Antwort:
Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus unterscheidet in ihrer Tätigkeit bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nach Nationalitäten.

Frage 11:
Wie beurteilt die Stadt – ausgehend von der unter 2. genannten Studie von Martina Susanne Ortner – „extrem rechte" Einstellungen unter Münchner Migranten: handelt es sich eher um „Einzelmeinungen" oder um einen „Trend"? Welche Feststellungen lassen sich ggf. für die verschiedenen „rechtsextremen"/"ethnisch-nationalistischen" Ausländer-Milieus in München im einzelnen machen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 9 und 10.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Montag, 21. Februar 2011

Metrobus 50 probeweise einrichten!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Marian Offman, Richard Quaas, Josef Schmid und Mechthilde Wittmann (CSU)

Ausbau der Graf-Lehndorff-Straße
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Hans Podiuk (CSU)

Trassenfreihaltung für Verkehrsprojekte in München
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU)

Soziales Netz in München
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. med. Otto Bertermann, Dr. Jörg Hoffmann, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Josef Schmid Richard Quaas Dr. Georg Kronawitter
Marian Offman Mechthilde Wittmann

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
21.02.11

Metrobus 50 probeweise einrichten!

Begründung:
Mit Eröffnung der Verlängerung der U-Bahnlinie U 3 nach Moosach wurde die Linienführung des o.g. Metrobusses 50 geändert. Zwei Bushaltestellen sind weggefallen, weil die MVG die Wirtschaftlichkeit im Parallelbetrieb zur U-Bahn nicht mehr gegeben sah.
Gerade für Ältere und nicht mehr so mobile Menschen waren die Haltestellen aber sehr wichtig.

Die CSU-Stadtratsfraktion hat sich bereits bei der Entscheidung im Rahmen des Leistungsprogrammes im Juli 2010 per Änderungsantrag für eine probeweise Fortführung für die Dauer von einem halben Jahr ausgesprochen.

Während die MVG ihre Entscheidung auf Prognosen zur Wirtschaftlichkeit stützte, hätte man auf diese Weise realistische, tatsächliche Daten bekommen, auf deren Basis der Stadtrat dann hätte entscheiden können.

Die CSU-Stadtratsfraktion erneuert daher ihre Initiative, den Busbetrieb für ein halbes Jahr einzurichten, um die tatsächliche Auslastung zu erproben.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Marian Offman
Stadtrat

Mechthilde Wittmann
Stadträtin

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

Hans Podiuk **Dr. Georg Kronawitter**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
21.02.11

Ausbau der Graf-Lehndorff-Straße

Der Ausbau der Graf-Lehndorff-Straße ist eigentlich beschlossene Sache. Dennoch tut sich seit Jahren nichts. Während der Wohnungsbau voranschreitet und viele Neubürger hinzugezogen sind, ruht der Straßenausbau. In Folge gibt es weder markierte Geh- noch Radwege und die Parksituation ist mangels ordnungsgemäßem Ausbau entsprechend chaotisch. Gerade für Kinder birgt diese Situation vermeidbare Gefahrenquellen. Verständlich, dass der Unmut der Anlieger von Tag zu Tag wächst.

Daher fragen wir:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich des Ausbaus?

2. Woran liegt die Verzögerung?

3. Bis wann ist mit einem Ausbau zu rechnen?

4. Können bis dahin vorübergehende Maßnahmen getroffen werden, um erträgliche Zustände zu schaffen?

gez.
Hans Podiuk
Stadtrat

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de wzim.de

Richard Quaas

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
21.02.11

Trassenfreihaltung für Verkehrsprojekte in München

In München werden, bzw. wurden teilweise seit Jahrzehnten über das gesamte Stadtgebiet verteilt, diverse Trassen für Verkehrsprojekte – Straßen- und Schienenverbindungen - freigehalten. Im Verlauf dieser Trassen ist die Stadt, bzw. die öffentliche Hand, überwiegend in Besitz der Grundstücke und lässt keine neuen, die möglichen Trassen beeinträchtigenden Nutzungen, bei immer noch in Privatbesitz befindlichen Grundstücken zu. Das führt immer wieder auch zu Problemen bei Renovierungen und evtl. Erweiterungen von Gebäuden und Anlagen auf betroffenen Privatgrundstücken.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Wie viele freigehaltene, bzw. freizuhaltende Trassen für mögliche Verkehrsprojekte im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München gibt es derzeit und welche Trassen sind dies im Einzelnen?
2. Welche Verbindungen sollen damit im Einzelnen hergestellt, bzw. welche Projekte ermöglicht werden und welche Gebiete sollen dadurch ggf. erschlossen werden?
3. Wie ist der Stand der Planungen für die einzelnen Trassen, bzw. Projekte und bis wann ist jeweils mit einer Realisierung dieser Verbindungen zu rechnen?
4. Welche über lange Jahre, bzw. Jahrzehnte freigehaltenen Trassen wurden seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wieder aufgegeben und was waren jeweils die Gründe dafür, diese Planungen zu beenden?
5. Wurden und werden nach der Projektaufgabe, die in öffentlichem Besitz befindlichen, dafür vorgehaltenen Grundstücke verwertet und wurden, bzw. werden die Beschränkungen für Privatgrundstücke rückgängig gemacht?
6. Wurden an betroffene Grundstückseigentümer deshalb Entschädigungen geleistet?
7. Gibt es Überlegungen, die Planungen für weitere Trassen aufzugeben, bzw. einzustellen, wenn ja für welche und bis wann fallen voraussichtlich jeweils die Entscheidungen?

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Richard Quaas; Neurißweg 19; 80939 München; email: rquaas@yahoo.de wzim.de

8. Wie viele und welche Grundstücke im Verlauf freigehaltener, bzw. geplanter Trassen befinden sich nicht im Besitz der Stadt und sind für die Besitzer aus planungsrechtlichen Gründen deshalb nur beschränkt oder gar nicht nutzbar?
9. Kauft die Stadt nach wie vor solche privaten Grundstücke, wenn es die Möglichkeit gibt, auf, bzw. laufen deshalb auch noch Enteignungsverfahren, wenn ja, wo und welche?

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

Dr. Michael Mattar - Gabriele Neff - Christa Stock - Dr. Jörg Hoffmann – Dr. med. Bertermann
MITGLIEDER IM STADTRAT DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

21.02.2011

Schriftliche Anfrage
Soziales Netz in München

Einen Überblick über das dichte soziale Netz in München zu erlangen, ist selbst für die Akteure schwierig. Hierfür wurden sogar spezielle Vernetzungsstrukturen entwickelt. Dies wurde seitens der Sozialverwaltung für dringend notwendig erachtet (REGSAM), da die Verwaltung wohl selbst den Überblick verloren hat.

Für den ehrenamtlichen Stadtrat ist es sehr schwierig, die sich ständig ausweitenden Tätigkeiten in der „Betreuung" der Münchner Bevölkerung zu beurteilen und Prioritäten zu setzen. Wichtig erscheint zumindest, einen Überblick über das eingesetzte Personal zu gewinnen, um Überschneidungen und vielleicht auch noch im Einzelfall Defizite zu erkennen. Hierbei kommt es auch darauf an, alle öffentlich-rechtlichen Ebenen zu erfassen und soweit möglich auch die privaten Träger, zumindest all jene, die durch Zuschüsse der öffentlichen Hände (mit)finanziert werden, die in München und für die Münchner Bevölkerung tätig sind.

Deshalb stellen wir dem Oberbürgermeister nachfolgende Fragen:

1. Wie viele Personen sind in der Bezirkssozialarbeit (BSA) tätig (verwaltend/ operativ)?

2. Wie viele Personen kümmern sich in den Jobcentern um die Betreuung der Arbeitssuchenden oder Transfereinkommensbezieher aus München?

3. Wie groß ist der Personaleinsatz im Bereich der Wohnungslosigkeit und der Prävention vor Wohnungslosigkeit (öffentliche Hände/FreieTräger/Private)?

4. Wie viele Personen sind, beispielsweise bei Wohnungsgesellschaften der Stadt, im Bereich der „sozialorientierten Hausverwaltung" in München tätig?

5. Wie sind Projekte der „quartierbezogenen Bewohnerarbeit"/„Wohnen im Viertel" personell ausgestattet (egal ob durch Stadt oder dritte finanziert)?

6. Wie groß ist der Personaleinsatz im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit inklusive der Schulsozialarbeit (öffentliche Hände/Freie Träger/Private, ohne BSA, Kitas, Horte)?

FDP-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de

7. Wie groß ist der Personaleinsatz im Bereich der Seniorenarbeit (öffentliche Hände/Freie Träger/Private, ohne BSA und Altenpflege)?

8. Wie groß ist der Personaleinsatz im Bereich Behindertenarbeit (öffentliche Hände/Freie Träger/Private, ohne BSA)?

9. Wie groß ist der Personaleinsatz bei der Betreuung von Migranten/Ausländern (öffentliche Hände/Freie Träger/Private, ohne BSA)?

10. Wie viele Personen sind in der Suchtprävention und Betreuung von Suchtkranken beschäftigt (zusätzliches Personal, das in Nr. 1 bis 9 noch nicht erfasst wurde, öffentliche Hände/Freie Träger/Private)?

11. Welche Betreuungsprojekte für bestimmte Gruppen der Münchner Gesellschaft, die noch nicht angeführt und mit den Fragen 1 bis 10 noch nicht erfasst worden sind (öffentliche Hände/Freie Träger/Private) gibt es in München und wie viel Personal wird dabei eingesetzt?

12. Wie viele Personen waren im Jahr 2000 in oben genannten Bereichen (Punkte 1 bis 11) beschäftigt?

Gez. Dr. Michael Mattar Fraktionsvorsitzender	Gez. Gabriele Neff Stv. Fraktionsvorsitzende	Gez. Dr. Jörg Hoffmann Stv. Fraktionsvorsitzender
Gez. Christa Stock Ea. Stadträtin	Gez. Dr. med. Otto Bertermann Ea. Stadtrat	

FDP-Stadtratsfraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, Telefon: 233 92644, 233 92645
E-Mail: fdp@muenchen.de